



HESSISCHER LANDTAG

29. 06. 2021

Plenum

Antrag

Christiane Böhm (DIE LINKE) und Fraktion

Assistenz Ausbildung für Menschen mit Hör-Seh-Behinderungen in Hessen umgehend umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag bekräftigt seinen Beschluss vom 28. September 2017, in dem mit der Verabschiedung der Drucks. 19/5308 unter anderem der Assistenzbedarf von Menschen mit Hörsehbehinderung anerkannt und qualifizierte Assistenzleistungen gemäß dem vorhandenen Bedarf eingefordert wurden.
2. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, umgehend und zusammen mit den Trägern der Freien Wohlfahrtspflege eine Assistenz Ausbildung in Hessen zu etablieren, um die gesellschaftliche Teilhabe im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention auch für taubblinde Menschen in Hessen sicherzustellen.

Begründung:

Mit der Beantwortung des Dringlichen Berichtsantrags der Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag zur Situation der Taubblindenassistenz in Hessen (Drucks. 20/5952) im Rahmen der 57. Sitzung des Sozial- und Integrationspolitischen Ausschusses wurde deutlich, dass in Hessen seit dem Beschluss der Drucksache 19/5308 keine Fortschritte bezüglich der Umsetzung von Assistenzleistungen zu verzeichnen sind.

Nach Auskunft des Sozialministeriums besaßen im Jahr 2020 45 Menschen in Hessen das Merkzeichen TBL (taubblind) sowie 67 weitere Menschen gleichzeitig die Merkzeichen BL und GL (blind/gehörlos). Dem stehen vier qualifizierte Assistenzkräfte in ganz Hessen gegenüber. Eine Ausbildung für Taubblindenassistenz gibt es in Hessen weiterhin nicht. Sozialminister Klose war auch nicht in der Lage, einen Zeitplan zu skizzieren, bis wann eine entsprechende qualifizierte Ausbildung umgesetzt sein soll.

Mit dem Beschluss des Taubblindengeldes wird eine relevante Zahl an Menschen erstmalig einen finanziellen Nachteilsausgleich erhalten. Das ist zu begrüßen. Viele Hör- und Sehbehinderte haben aber keinen Zugang zu sozialen Dienstleistungen, mit dem neuen Gesetz gibt es die Chance, das Thema öffentlich zu verankern und sie besser zu erreichen. Eine gesellschaftliche Teilhabe kann aber nur gelingen, wenn auch qualifizierte Assistenz für Menschen mit Hörsehbehinderungen vorhanden ist, die aus diesen Mitteln bezahlt werden kann.

Wiesbaden, 29. Juni 2021

Christiane Böhm

Die Fraktionsvorsitzende:
Janine Wissler